

Kaukasische Post

 34706740
 303-0101033

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Fried (vormals E. Auffermann). Sprechstunden: 9—11 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 15 Abl. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 9.

Tiflis, den 2. Februar 1919.

11. Jahrgang.

Wer echten, guten, deutschen Naturwein trinken will, wende sich an die Weinhandlung

„NECKAR“

Gogolewskaja 28. Haus W. Haegeler. 3—3

Unndtge Sorgen.

Die Zeitung „Aberbeidjan“ warf unlängst die, wie die „Gruzia“ sich ausdrückt, „überaus ernste“ Frage auf, was es eigentlich mit der Tätigkeit von allerlei Agenten und offiziellen Abteilungen der im nördlichen Kaukasus in der Bildung begriffenen Freiwilligen-Armee in Baku auf sich habe, welsch letztere offen die Wiederherstellung der Monarchie und des ehemaligen russischen Kaiserreichs in seinen Grenzen vor Ausbruch des Krieges anstrebe, und richtete diese Frage namentlich auch an die Vertreter des Verbündeten-Kommandos, vor deren Augen sich ja die seltsame Propaganda und die Eintragung in die Listen der besagten Armes abspielte.

Die „Gruzia“, die dieser Frage im Leitartikel der Nr. 22, vom 29. 1., näher tritt und das Gebaren jener Agenten und Abteilungen als eine zum mindesten „parteiliche“ Tätigkeit „rein-russischen“ Kalküls betrachtet, die in den Grenzen von Staaten, die auf eine selbständige politische Zukunft Anspruch erheben, ebensovienig zulässig sei als das Werben von Freischaren, hält obige Frage bzw. Anfrage für „durchaus berechtigt“ und knüpft hieran folgende Betrachtung: „Die Vertreter der Verbündeten, höchst einseitig unterrichtet (über die Verhältnisse in Russland? — Die Red. der „R. P.“), fahren fort, die Idee der Wiederherstellung Russlands für mehr oder weniger populär zu halten. Sie glauben erst jüngst noch allen Ernstes, daß man zum Kampfe mit den Bolschewikern eine einige Armees aus den selbständigen Einheiten, die sich im Laufe der letzten Zeit gebildet haben, schaffen könne, die unter Führung eines Generals wie Denikin, von gemeinschaftlichem Entschlussemus getrieben, in allseitiger Freundschaft vorgehen werde. In dieser Hinsicht sollte man den Vertretern der Verbündeten möglichst bald alle Illusionen nehmen und sie mit erschöpfender Ergiebigkeit und Klarheit davon in Kenntnis setzen, daß für die kaukasischen Völkerschaften die Moskauer Bolschewiken und eine Freiwilligen-Armee, die nach denselben Methoden der Bergewaltigung und der Mißachtung der wahren Volksinteressen, die nur durch die freie Willensäußerung des Volkes, nur durch die Gewährung des Rechtes auf völlig unabhängige und selbständige Einrichtung seines politischen Schicksals befriedigt werden können, ihren Weg verfolgt, gleichbedeutend sind... Wir denken, daß die Verbündeten die hier entstandene Lage allmählich zur Gewnüge begreifen und mit Hintansetzung ihrer früheren Auffassung die ausgeglichenen, den betreffenden Völkern nahe liegenden örtlichen Regierungen unterstützen werden, statt jene sich aufdrängenden Ankömmlinge, die nur Anarchie im Kaukasus herbeiführen inslande sind“.

Als Antwort auf obige Frage und zur Beruhigung aller aufgeregten Gemüter dürften nun einige Meinungsäußerungen englischerseits dienen, die in der örtlichen Tagespresse wiedergegeben sind, und zwar: 1) eine Erklärung des Höchstkommandierenden der britischen Streitkräfte im Orient, General Mill's, gerichtet an die Adresse des ad-

berbeidjanischen Ministerpräsidenten Chan-Choiski, des Inhalts, daß die Verbündeten die adberbeidjanische Regierung als einzig berechtigte Macht im Lande anerkennen und sie in jeder Hinsicht unterstützen würden, auch alles, was von ihnen abhängt, zu tun bereit seien, um auf der Pariser Friedenskonferenz die Anerkennung der Selbständigkeit Adberbeidjans auszuwirken, und 2) eine Erklärung des Stabschefs der englischen Mission auf die Vorstellung des Kollegen des georgischen Außenministers, R. B. Sabachtaraschwili, und des Kollegen des Kriegsministers, Gen. Gedewanoff, über bedrohliche Truppenansammlungen im Bezirk von Sotschi, die von der Freiwilligen-Armee entriert seien, scheinbar zwecks aggressiven Vorgehens gegen die Republik Georgien. Die Erklärung lautet (nach der „Vorjba“): „Er (der Stabschef der engl. Mission) bitte die Herren zu glauben und auch die georgische Regierung in ganzem dessen zu versichern, daß die Konzentrierung von Streitkräften der Freiwilligen-Armee aus technischen Gründen erfolge, daß damit keinerlei aggressive Aufgaben gegen Georgien verbunden seien u. daß die genannte Armees keinerlei Feindseligkeiten gegen die Republik im Schilde führe, aber wenn Schritte dieser Art von jener Seite dennoch getan werden würden, die Großbritanische Mission diese als gegen die Verbündeten unternommene feindselige Handlungen betrachten und hieraus die nötigen Konsequenzen ziehen würde“.

Den Versicherungen des englischen Kommandos nicht glauben wollen, diese das Ansehen der britischen Großmacht verunglimpfen. Also mögen diesbezüglich die Bürger Georgiens und Adberbeidjans sich keine unnützen Sorgen machen. Ebe der russische Gendarm sie unanist aus ihren schönen Träumen von politischer Selbständigkeit aufweckt, müßte erst das Wort des englischen Gentleman von ihm gebrochen oder der englische Einfluß hierzulande ganz ausgeschaltet worden sein. * * *

Zuland.

Die Wahlen in die tisl. Stadtverwaltung finden nicht am 9. II., wie anfänglich beschlossen war, statt, sondern heute, am 2. II., worauf die Interessenten in unserem Leserkreis hiermit aufmerksam gemacht seien.

Zu den auch von uns registrierten Kandidatenlisten ist noch die der Hausbesitzer-Gruppe gekommen; in ihre sind auch verschiedene deutsche Namen anzutreffen. * * *

Der Minister-Präsident Chordania ist nach West-Georgien gereist und hat die Erfüllung seiner obligations dem Minister des Auswärtigen Gegetschkori übertragen.

Der „Tifl. List.“ teilt mit, daß Generalmajor Jsch. v. Krefsch, der mit seinem Stabe seit dem 13. I. in Kutais Aufenstalt hatte, am 1. II. nach Batum abgereist ist. Von hier werden die Herren wohl endlich die Weiterreise nach Deutschland antreten können. Von Poti aus war das, wie verlautet, nicht gut möglich gewesen — aus uns unbekanntem Gründen.

In der Sitzung vom 28. 1. hat das Parlament eine Gesetzesvorlage befristigt, nach welcher die Kompetenz der Friedensrichter erweitert wird, und zwar: in Zivilsachen von 2000 bis zu 4000 Abl. und in Kriminalsachen von 300 bis zu 3000 Abl. Veranlassung hierzu

hat die Entwertung des Geldes geboten, die zur Folge hatte, daß an und für sich minderwichtige Angelegenheiten, die sonst beim Friedensgericht anhängig gemacht wurden, vor das Forum des Bezirksgerichts gelangten, entprechend der höheren Einschätzung des Klageobjekts bzw. der Beistreibung für zugefügten Vermögensschaden, wodurch eine Überlastung der Bezirksgerichte bzw. ihrer Unterorgane (Untersuchungsrichter) entstand. — Außerdem sind durch dasselbe Gesetz einige prozessualische Veränderungen erfolgt, die auf dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Bürger aufgebaut sind. So wird in Zukunft namentlich die Beamtenschaft ihrer Vergehen wegen nicht mehr wie bisher vor einem Sondergericht, sondern vor dem ordentlichen Richter auf allgemeiner Grundlage zu verantworten haben. Vergehen gegen den Fiskus unterliegen fortan gleichfalls der Verfolgung im Wege des allgemeinen Verfahrens, d. h. wie Vergehen gegen Private.

In der nächsten Sitzung des Parlaments ist das Agrargesetz nach Beendigung der artikelweisen Lesung; (s. Leitartikel in der vorigen Nummer der „R. P.“) endgültig befristigt worden.

Ferner ist in derselben Sitzung eine Gesetzesvorlage befristigt worden, nach welcher die Marient-Firrigattausgenossenschaft in Karajajub (20 Werst hinter Tiflis, in der Richtung nach Baku, an der Eisenbahn gelegen) aufgehoben wird u. ihr Vermögen dem Staat anheimfällt. Bekanntlich ist diese Genossenschaft aus der Gesellschaft zur Ausbreitung der Redygläubigkeit im Kaukasus hervorgegangen und hatte, wie diese, hauptsächlich russischen Ueberlebten durch Landzuteilung auf der zu ihrer Verfügung stehenden Karajajub'schen Steppe (große, von der Gesellschaft angelegt und unterhaltene Kanalanlagen!) eine bequeme Existenz geboten, bis zum vorigen Jahre, als infolge der inneren Wirren (Tatarenüberfälle!) die Ueberlebten fortzogen, mit Hinterlassung ihrer ganzen Habe und des Landbesizes, der daraufhin von staatswegen verwaltet und genutzt wurde. Es ist ein Millionenvermögen, um das es sich hier handelt, und ist der Charakter der Karajajub'schen Anlagen zweifelsohne ein derartiger, daß diesen eine nicht unwesentliche Bedeutung staatlicher Natur zugesprochen werden muß, die ihre Verstaatlichung, abgesehen von allen anderen Erwägungen, durchaus rechtfertigt.

Die neuen Etat's der Einrichtungen des Landwirtschaftsministeriums für das Agrarwesen sind mit einem Voranschlag von 1 842 950 Abl. auf dem Gesetzeswege befristigt worden. Ferner wurde der Etat der einzelwirtsch. Organisation zur Uebernahme der Mineralquellen in die Verwaltung des Ministeriums der Landwirtschaft (Ausbeute durch den Staat!) mit einem Voranschlag von 61 500 Abl. durch das Parlament befristigt.

Die von einer besonderen Kommission ausgearbeiteten Sitzungen des für die Republik in Aussicht genommenen Senats sind vom Justiz-Minister befristigt worden und gelangen nach Fertigstellung der georgischen Uebersetzung (das Original ist in russischer Sprache verfaßt) zur Durchsicht bzw. Bestätigung des Parlaments.

Die Nationalisierung des tisl. Stadtamts auf Grund eines jüngst promulgierten Gesetzes über Nationalisierung sämtlicher Selbstverwaltungszorgane (Stadts-, Landchafts- und ländlicher Einrichtungen) ist in Angriff genommen worden. Das Stadthaupt N. S. Chawia ordnete an, daß in den Abteilungen die Beamten derartig verteilt würden, daß in jeder von ihnen eine genügende Anzahl



Mitteilungen der Georgischen Telegraphenagentur.

von Angestellten sich fände, die der georgischen Sprache so weit mächtig sind, um eingehende Schriftstücke, die georgisch abgefaßt sind, wohin gehörig zu dirigieren und in georg. Sprache zu erledigen; die übrigen Angestellten verbleiben zunächst wohl noch in ihren Stellungen, da die Geschäftsführung einstweilen nicht ausschließlich im Georgischen besorgt werden wird, sondern auch das Russische zuläßt, aber dieser Übergangszustand wird kaum von langer Dauer sein, weshalb auch die Aufregung verständlich erscheint, die die Beamten, welche es nicht für nötig befunden haben, sich die Kenntnis des Georgischen anzueignen, angeht, der Gewißheit, in Wäldern ohne Arbeit und Erwerb zu bleiben, ergriffen hat, wie der „Zifl. List.“ im lokalen Teil seiner Nummer vom 30. 1. zu melden weiß.

Die Nationalisierung der Allgemeinen Gerichtsbehörden (Bezirksgerichte, Zifl. Gerichtspalate, Prokuratur und ihre Unterorgane) und die damit verbundene Einführung der georgischen Sprache als obligatorische Verhandlungssprache ist zeitweilig eingestellt worden. Seit dem 1. Januar d. J. konnten bis dahin neue Sachen nur in georgischer Sprache anhängig gemacht werden (die alten sollten auch in russischer Sprache weitergeführt werden können), und war demnach die Kenntnis des Georgischen nicht nur für die Richter, sondern auch für das Publikum und dessen Rechtsbeistand, die Advokaten, zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Auf einer Besprechung des hiesigen Rates der Anwälte, Rechtsanwälte u. auf einer allg. Versammlung der letzteren wurde aber festgestellt, daß eine so plötzliche Umgestaltung im Prozeßwesen von sehr nachteiligen Folgen für die Rechtspflege begleitet sein würde, da vor allem kaum ein größerer Teil der Anwälte, nicht ausgenommen die Kollegen georgischer Junge, in der Lage wäre, Erklärungen — schriftlich oder mündlich — sachlicher Natur vor Gericht in georgischer Sprache abzugeben, und man solches noch viel weniger von den Klienten selbst erwarten dürfte. Dazu komme, daß kaum eines der nach wie vor auch hiezu lande verbindlichen russischen Gesetze, ganz zu geschweigen von den Gesehensamlungen, in anerkannt richtiger georgischer Übersetzung vorliegt, und man nicht einmal weiß, wie die einzelnen technischen Ausdrücke, von denen ja die Rechtssprache wimmelt, im Georgischen wiederzugeben. Wie lange jedoch dieser Übergang vom russischen zum Georgischen dauern wird, ist unbestimmt. Daß aber im Hinblick auf die Notwendigkeit dieser Reform das Justizministerium bei Bekämpfung von Besorgnissen darauf bedacht ist, nur solche Personen anzugliedern, die die Landessprache vollständig beherrschen, ist durchaus verständlich, so wenig angenehm diese Tatsache auch denjenigen sein mag, die die georgische Sprache nicht kennen oder nicht kennen wollen. — Gegen den Vorwurf übertriebenen Nationalisierungseifers hat der Justizminister gehörigen Orts Front gemacht, mit der Erklärung, daß niemand aus dem Ressort, solange es ihm unterstellt ist, entlassen worden sei bloß deshalb, weil er

Nicht-Georgier war. Die Nationalität sei ihm gleichgültig; auf die Kenntnis der Sprache allein komme es an. Aber auch um der Unkenntnis der Sprache willen sei bis dahin noch kein Beamter oder Mitglied der Allg. Gerichtsinstitutionen entlassen worden. Was aber die Entlassungen infolge Entlassverkürzung angeht, so seien durch sie auch Georgier, nicht lediglich Andersstämmige, betroffen worden.

Zu den früheren Mitteilungen über die Wahlen in die Gründungsversammlung haben wir hinzuzufügen, daß sämtliche Kandidatenlisten von dem Zentral-Wahlkomitee mit nur wenigen Kürzungen beschäftigt worden sind und daß nunmehr endgültig feststeht, in welchen Teilen der Republik die Wahlen erst nach dem allgemeinen Termin werden vorgenommen werden können. Zu diesen Teilen gehört auch der Bortschavaler Kreis (wichtig für die Kol. Katharinenfeld und die dahinterliegenden deutschen Siedlungen), wo der arm.-georgische Krieg die rechtzeitige Erledigung der Wahlarbeiten verhindert hat. Hier werden, nach einer Bestimmung des Zentral-Wahlkomitees, Ergänzungswahlen Ende März oder Anfang April vorgenommen werden, wobei dieselben Kandidatenlisten gelten werden, die eben für die eigentlichen Wahlen aufgestellt worden sind.

In der Prozeßangelegenheit Schmagailoff und Kutcharjan haben ihre Verteidiger nach Verwerfung der Kassationsklage ihrer Klienten beim Haupt der georg. Regierung Vergnädigungsgesuche eingereicht.

Die außerordentliche Untersuchungskommission in Sachen des Duschetschen Aufstands hat ihre Arbeit beendet und alles Material dem Prokuratur der Gerichtspalate überwiesen. In dieser Sache werden gegen 300 Personen zur Verantwortung gezogen.

Am 28. d. Mts. ist der bekannte armenische Künstler Gedeon Miragjan am Flehtypus gestorben. Der Verstorbene trat mit besonders großem Erfolg in Sündufkantschen Städten auf.

Das Komitee für Warenaustausch hat folgendes über die Ausfuhr von einheimischem Tuch bekannt gegeben: Die Ausfuhr wird allen gestattet gegen Austausch von Mehl, Korn, Zucker und Kupfernitriol. Die Kaution soll 25% des Warenwertes betragen; jedes Stück Tuch, das 8 Arschin lang ist, hat nicht mehr als 18 Verschol Breite, wird mit 200 Abl. berechnet.

Die Regierung stellt es jedem georgischen Bürger frei, fortan unbeanstandet nach Batum zu fahren. Die Bahnstrecke Notanabi-Batum befindet sich laut Abereinkommen mit dem engl. Kommando von Batum in der Verwaltung des georg. Ministeriums der Verkehrskommunikation. Die Fahrt nach Batum hin und zurück erfolgt ohne Umsteigen, wie früher.

Das Leben.

Wir werfen uns in Lebensstrudel Und schwimmen hastig nach dem Glück, Uns werfen hin und her die Fluten Und schleudern uns von Riff zu Riff. Vergeblich suchen wir den Hafen, Vergeblich kämpfen wir voll Angst, — Wir werden durch den Strom getragen Nur immer weiter von dem Strand. Wir schwimmen auf des Meeres Wogen, Die schäumend wallen um uns her, Der Anker fehlt... „Wir sind verloren!“ So denken wir, wenn tobt das Meer. Der Sturm tobt fort, die Wellen schäumen, Röll Schreck und Angst wird unser Blick; Wir schwimmen weiter, weiter, träumen Und wägen, wie uns sei das Glück. Dies ist ein Wahn — wir irren immer Und schwimmen nur von Leid zu Leid — Das Glück ist vor uns nie und nimmer, — Das Glück liegt hinter uns schon weit; Wir sind schon längst vorkei geschwommen An unsrer Jugend — unsrem Glück — Und können nicht mehr zu ihm kommen, — Der Lebensstrom fließt nie zurück.

Ein Wahn!.. Wir hoffen, noch zu blicken Vor uns das Glück, den Lebenszang, Doch weit liegt's hinter uns'rem Rücken... Keht um! Zurück! wenn ihr noch könnt! J. Merkel. (Ziflis).

Die Musik in der armenischen Literatur.

Von Osanna Ter-Grigorianz.

II.

Ařhugenumuřil.

Das Wort „Ařhug“ (Ařhajsobe) stammt vom persischen „Ařh“ — der Liebhaber. Jeder Ařhug vereinigt in sich den Dichter, Komponisten und Virtuosen. Schon in uralter Zeit besaßen unsere Vorfahren die Heldentaten ihrer Vorfahren und Zeitgenossen unter Begleitung eines Musikinstrumentes, des Barmbirn, das, wie Vater Komitas meint, ein laßagnettenartiges Instrument war, wogegen Prof. Emin die Meinung vertrat, daß es ein Seiteninstrument gewesen sei (Prof. Emin: „Moses von Chorene“).

Moses von Chorene sagt in seiner „Geschichte“ (II. 49): „Die Taten des letzten Artasdes (Artaxias) sind Dir meist durch die Lieder der Barmbirnan bekannt, die in Gořtn gesungen werden.“ — „Barmbiran“ oder „Guffan“ entspricht dem später gebräuchlich gewordenen Worte „Ařhug“. Der Überlieferung nach stammten die besten

Die Friedenskonferenz wird ff. 5. Kommissionen bilden: 1) für den Völkerbund; 2) Verantwortlichkeit für den Krieg; 3) Restauration; 4) internationale Arbeiter-Gesetzgebung und 5) Verwaltung der Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen. Clemenceau, als Vorsitzender der Friedenskonferenz, hat bereits die Delegierten der Großmächte, welche in den Kommissionen arbeiten werden, namentlich bezeichnet. Die Liste sieht Vertreter nur für Amerika, Britanien, Frankreich, Italien und Japan vor. In der ersten genannten Kommission ist auch Präsident Wilson als Mitglied angeführt, der bekanntlich die Idee des Völkerbundes als Unterfang eines dauerhaften Weltfriedens in erster Linie beauftragt (falls er nicht wirklich, wie früher gemeldet, Anfang Februar heimreist). — Die deutsche Friedensdelegation protestiert namens ihrer Regierung auf's energigste gegen die Veräußerung von seiten Frankreichs, kraft welcher auf die von der Entente besetzten deutschen Gebiete das Verbot des Warenaustauschs mit Deutschland ausgedehnt worden ist, und ersucht die französische Kommission um unverzügliche Abänderung dieser Beschränkung. — Zum 18. Januar befanden sich jenseits der Grenzen des Deutschen Reiches nur noch 130 000 Mann deutscher Truppen, darunter 100 000 Mann, die aus der Türkei unterwegs sind. Die Demobilisation geht systematisch vor sich. Wenn keine Hindernisse eintreten, so dürften jene 130 000 Mann in der zweiten Hälfte dieses Monats auch in den Demobilisationspunkten anlangen und nach Hause entlassen werden. — Nach bisher eingetroffenen Angaben ist das Ergebnis der Wahlen in die preussische konstituierende Versammlung folgendes: Mehrheits-Sozialisten—137, unabhängige Soz.-Demokr.—24, deutsche Demokraten—59, christl. Volkspartei—65, deutsch-nationale Volkspartei—39, deutsche Volkspartei—16 und verschiedene kleine Gruppen—5. Von 56 Wahlbezirken stehen Mitteilungen über die Wahlen noch aus. Aber schon jetzt läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß weder die Mehrheitssozialisten allein für sich, noch beide sozialdemokratischen Parteien zusammen die absolute Majorität in der preussischen Gründungsversammlung haben werden. Deshalb wird die Sozialdemokratie bei Konstituierung der parlamentarischen Mehrheit und Bildung des Kabinetts auf die Mithilfe der deutschen demokratischen Partei angewiesen sein. — Die englische Regierung hat in dem jüngst von ihr herausgegebenen Blauchbuch den Beweis zu erbringen versucht, daß die Deutschen dessen nicht wert sind, daß ihnen die Kolonie Südwest-Afrika zurückgegeben würde und daß die Kulturmission in diesem Lande auf England übergeben müsse. Das Blauchbuch, welches die deutsche Regierung zurzeit anfertigt, gibt ruhig zu, daß in Südwest-Afrika mancherlei Unzulänglichkeiten anzugehen aus dem weiträumigen Lande Gořtn (jetzt Bapsuratan). Vater Ařhgan sind die ersten Werke der Ařhagen bekannt, die aus dem XII. Jahrhundert stammen. Die Blütezeit der Ařhagenkunst fällt in das XV. und XVI. Jahrhundert. Damals taten sich besonders hervor: Mrtiřiřh Ařhahajh, Johannes von Tukturan und Mrtiřiřh von Taron, Taddäus von Sebastia (Sivas) und Zrit. Hervorragende Volksdichter hat es übrigens stets in beträchtlicher Zahl gegeben, wie in früherer, so auch in späterer Zeit. Im XVIII. Jahrhundert vermindert sich ihre Zahl. Im allgemeinen ist hierbei zwischen den Volksängern des Westens (Türk-Armenien) und denen des Ostens wohl zu unterscheiden. Zu letzteren gehört der berühmte Sajat-Rova (XVIII. J.) (s. N. 85 der „Kauf. Post“). A. Třhobanian macht außerdem auf den Bildungsunterschied bei den Volksängern aufmerksam. Diejenigen von ihnen, denen Bildung abging, sind nie über das Mittelmaß hinausgekommen. Am meisten sind folgende Musikinstrumente bei den Ařhagen anzutreffen: Sjas, Thar u. Třhongur (Seiteninstrumente) und die Klamantřha (Streichinstrument).

Der junge Schriftsteller Waladian gibt einer Reihe seiner Erzählungen, in der Sammlung „Kriegeslieder“, Überschriften, wie: „Siegeja“, „Schur“, „Mahur“, „Bajati-Schiraz“, „Bajati-Radjjar“, „Rai“ u. a. Das sind alles Namen herrlicher Ařhajsoben, die, nebenbei bemerkt, viel Gemeinsames mit den ungarischen Ařhajsoben haben, namentlich bezüglich der Form, der Rabenzen und des Tempo

treffen waren, weist aber zugleich darauf hin, daß ihrer auch in englischen Kolonien nicht wenig anzutreffen seien. — „Vorwärts“ meint bezüglich der Kolonien, daß die Aneignung dieser durch Wilson verkündeten Prinzipium zuzubekommen würde, und fügt hinzu: „Es scheint, als ob die westlichen Großmächte immer mehr Neigung zeigen, dem Präsidenten Wilson lediglich den moralisch-deklamatorischen Teil zu überlassen, den sachlichen Teil aber ausschließlich für sich in Anspruch zu nehmen.“

Nach bolschewistischen Fünfjährigen: Die Entscheidung hinsichtlich der deutschen Kolonien soll, wie ein in alle Welt hinausgeschandter Fünfjähriger in Paris auf der Friedenskonferenz vertretenen Großmächte besagt, keineswegs von der Tatsache ihrer faktischen Besitzergreifung abhängig gemacht werden. Der Pariser Korrespondent der Tel-Agentur „Reuter“ weiß zu berichten, daß die englische Regierung sich bereit erklärt habe, die Fragen betreffs der zukünftigen Schicksale Mesopotamiens, Palästina's und der deutschen Kolonien dem Völkerbunde zur Erörterung und Entscheidung zu übertragen (sobald er geschaffen sein wird), um die Zeit der Friedenskonferenz nicht unnötig in Anspruch zu nehmen. — Die russische Frage beunruhigt fortgesetzt die Gemüter der Diplomaten. Es wird für möglich erachtet, falls die Delegierten Russlands zum angefügten Termin nicht einzutreffen vermöchten, diesen bis zum März zu prolongieren. — Man nimmt an, daß das neue Deutschland aus 8 Republiken bestehen werde, die eine einheitliche Föderativ-Republik bilden werden. („Rarnaphon“). — Die „Times“ schreibt über den Ernst der Arbeiterfrage in England: Das Ideal der Arbeiterklasse sei die sozialistische Verfassung. Im Laufe der letzten Monate hätten Tradeunionen bedeutende Reformen erzielt. In der Eisen- und Stahlindustrie sei die Forderung des 8-stündigen Arbeitstages befriedigt worden. Die Forderungen der professionellen Verbände gingen noch weiter. — Am 25. I. fand in Berlin die Beerdigung Liebknechts und der anderen 28 Opfer des Spartakus-Aufstandes statt. Die Regierung ließ Massenansammlungen nicht zu. Die Trauerprozession bewegte sich zum Bismarck-Platz, wo eine Menge Deputationen mit Kränzen sich versammelt hatte. Die Kommunistin Ruben hielt eine Rede, in der sie u. a. sagte, die Zeit werde kommen, wo alle Gewalt den Kommunisten gehören werde. Die Beerdigung fand in dem Berliner Vorort Friedrichsfeld statt. — „Vorwärts“ teilt mit, Lloyd George habe erklärt, daß das Vorgehen der Entente in Rußland nicht in großem Maßstabe gedacht sei. Ein Vorgehen in kleinem Maßstabe und ein ökonomischer Druck aber hätten keinen Wert. Er schlage vor, Vertreter der bolschewistischen Regierung zur Friedenskonferenz einzuladen und sie anzuhören. — Die Berliner Presse konstatiert, daß Gen. Wintersfeld aus dem Besondere der deutschen Friedensdelegation ausgeschieden sei, und erblickt in diesem Schritt den häufigsten Protest gegen die Verletzungen des Waffenstillstandsvertrages von seiten Frank-

rubato. Ferner sei hierbei noch bemerkt, daß die armenischen Musiker infolge des Umstandes, daß sie in verschiedenen Ländern und Städten, oft auch, wie oben schon erwähnt, an mannigfachen Höfen zu spielen pflegten, sich durch ein außergewöhnliches Stillegefühl auszeichnen: sie kennen genau nicht nur den Geschnack der einzelner Völker (Perser, Türken, Kurden), sondern auch die in der oder jener Stadt herrschenden Traditionen, was umsoher Beachtung verdient, als ja die Kompositionen nicht aufgeschrieben wurden und somit aus dem Gedächtnis vorgetragen werden mußten. In der Novelle Waladian's „Bajati-Schiraz“ teilt ein heimgekehrter Krieger den Eindruck mit, den das Bajati-Schiraz, auf dem Thar vorgetragen, auf ihn gemacht hat: „Wenn das Bajati-Schiraz ansetzt, am oberen Teil des Thar, die Seiten erklingen: ts'ng—ts'ng—ts'ng, und die Töne sich zickzackartig fortwälzen, so ist es, als ergößen sie sich in eine grundlose Tiefe, gleichsam ins Meer; oder wie wenn die Sonne scheint, aus einem kleinen Wölkchen einzelne Regentropfen ins Meer herunterfallen, der Regen dann wieder aufsteigt und die Wolke sich verteilt... Dann ist's, als fielen ein heller Lichtstreifen vom Ufer aufs Meer, bei ruhigem Wasser: wach eine Fülle von Lichtspitzen, die sich auf und nieder bewegen und wieder zum Meeressgrunde hinabzusinken vermögen, noch aus dem Wasser heraus können... Oder es ist, als seien wir in der Frühe, im Morgengrauen, in den Wald gegangen: Tausende von Vogelstimmen schallen in ihm laut durcheinander, trillern

reichs, das nachträglich die aus dem auch von ihm angenommenen Programm Wilsons resultierenden Verpflichtungen zu umgehen, d. h. das ganze linke Rheinufer an sich zu reißen und Deutschland zu verwüsten und mühs zu machen, trachte u. s. w.

Das Nationalitätsprinzip und die Internationale.

II. (Schluß.)

Eine besondere Beachtung verdient der von der Internationale entwickelte Begriff des Proletariats. Er deckt sich nicht mit demjenigen der Arbeiterklasse, weil diesem letzteren doch zu viel alte Traditionen anhaften und die von der Internationale neu zu verwendenden Heerscharen aus anderen, vermeintlich höheren Sprossen der gesellschaftlichen Stufenleiter, z. B. der sog. Intelligenz, in ihm ein Proletariat erblicken könnten und weniger leicht geneigt sein möchten, dem Ruf zum Kampfe Folge zu leisten. Dafür bietet der moderne Begriff des Proletariats eine wunderbare Ergänzung. Derselbe vermag alle Klassen der Unzufriedenen zu umfassen — die verlinkenden Mittelschichten gegenüber dem Großbetriebe, den Landmann gegenüber dem Grundbesitzer, überhaupt jeden Besitzlosen oder weniger Besitzenden jedem gegenüber, der als Besitzer irgend eines Produktionsmittels gleichzeitig als Exploitations qualifiziert werden kann. Im Mitherrichte Lenins geht es bis zur letzten Konsequenz, und es stehen die Kinder ihren Eltern, die Schüler ihren Lehrern, die Studenten ihren Professoren, die Frauen den Männern, kurz in allen gesellschaftlichen und Unterschieden des Alters, der geistigen Bildung, des Eigentums und des Geschlechts alle vermeintlichen Proletariat den vermeintlichen Exploitatoren Brust an Brust gegenüber, und wenn der eine oder andere von letzteren auch nicht als gemeiner Unterdrücker gekennzeichnet werden kann, so steht er doch im Dienste eines solchen!

Es ist klar, daß so ein Zustand den Kampf aller gegen alle bedeutet, daß dabei alle natürlichen Bande und normalen Beziehungen zwischen Menschen, alle Kompromisse und konventionellen Vereinbarungen, alle Begriffe des Rechts und der Pflicht, auf denen das Kulturleben gegründet ist, sich auflösen müssen und die Folge nur die volle, durch nichts mehr zu dämmende Anarchie sein kann. Wenn wir nun demgegenüber den historisch und kulturell begründeten Begriff des Proletariats dahin festzuweisen haben, daß er diejenigen Individuen eines Gemeinwesens umfaßt, die infolge Naturanlage oder eigener Verschuldung das zur Erhaltung desselben notwendige konventionelle Mindestmaß von Leistungsfähigkeit an produktiver Arbeit nicht erwidern und ihre Ansprüche an das sie erhaltende Gemeinwesen darum von der Nachsicht oder Wildtätigkeit ihrer Mitbürger abhängig gemacht haben, so ist

und zwischern, ein Andachtsgefühl überkommt uns. Pflöcklich hupst's durch den Wald, wie dumpfes Leid, unerwartet, zieht hin und her, die Vögelin verstimmen, zerstreuen sich leise, ganz allmählich... Schmerz nagt an unserm Herzen...“ So klingt das persische Bajati-Schiraz, auf dem Thar gespielt.

„Thar“ ist im Orient ein sehr beliebtes Musikinstrument, das Ähnlichkeit mit der indischen Binja und zugleich mit der europäischen Mandoline hat. Es ist infolgedessen interessant, als es recht orientalisches gestimmt ist, mit Viertel-, Halb- und Ganztönen. Außerordentlich schön klingt z. B. ein Übergang von Fis zu Ges; nur etwas sonderbar erscheint es dem, der an temperierte Stimmung gewöhnt ist. Von einem orientalisches Virtuosen wird zudem außer Fingersfertigkeit ein „artes, einwiegendes, phantastisches“ Spiel verlangt.

Das Instrument „Kjantantscha“ ist von Sajat-Nova meisterhaft beschrieben in einem Gedicht, das auch ins Deutsche — von A. Leist — überetzt ist.

Das Instrument „Sas“ zeichnet vorzüglich das Rätsel: — „Nehme ich es in die Hand, so weint es, lege ich es hin, so wird es still. Was ist das?“ („Azzagrakan Hand“, XIX.).

erfichtlich, wie sehr die Internationale hier mit den Tatsachen des praktischen Lebens im Widerspruch steht.

Die Internationale zeigt uns den Weg zu einer materialistischen Weltanschauung, den wir in seiner ganzen Tiefe und Breite uns vergegenwärtigen müssen, um die Konsequenzen, zu denen sie treibt, klar zu erkennen. Ihre Theorie der Arbeit zeugt von der Ignorierung eines Naturgesetzes, ohne welches der Evolutionsprozeß des organischen Lebens im allgemeinen, insbesondere aber, demselben Gesetz gemäß, ein Kulturleben und ein Fortschritt desselben unmöglich wären. Kein Lebewesen kann sich auf einer bestimmten Stufe seiner Entwicklung auch nur erhalten, geschweige denn sich fortentwickeln, wenn es nicht einen „Mehrwert“ seiner Arbeit hervorbringt und denselben nicht in den Dienst stellt eines höheren Systems von Kräften und der durch diese anzustrebenden Zwecke. Wir werden im weiteren Verlauf unserer Betrachtung darauf zurückkommen, daß es in dieser Hinsicht unwesentlich ist, ob es sich um eine individualistische oder eine kollektivistische Produktionsweise handelt.

Die Internationale kennt nur den Tagelohn und den materiellen Genuß desselben. Sie weiß nichts von dem großen gemeinsamen Kulturbesitz, der als das Erbeitlerjahrtausendelanger menschlicher Kulturarbeit dem Arbeiter der Gegenwart in demselben Maße zur Verfügung steht, wie seinem vermeintlichen Exploitator, und daß der Volksgenuß desselben zu erreichen ist auf dem Wege der Selbsterziehung zur intellektuellen und moralischen vervollkommnung. Die Internationale weiß nichts vom Fortschritt des Kulturprozesses, sie weiß nicht, daß die Wohnung des Durchschnittsarbeiters der Gegenwart konforabler und hygienischer ist als der Königspalast des Altertums, daß die Arbeiterfrau von heute über Toilettegegenstände und Annehmlichkeiten des Lebens verfügt, um die sie die Königinnen noch des späteren Mittelalters beneiden würden. Die Internationale weiß nicht, auf Grund welchen Evolutionsprozesses das erreicht worden ist, sie weiß nichts von der Pflicht, diesen ererbten Kulturbesitz nicht nur zu erhalten, sondern ihn für kommende Generationen zu vermehren. Die Internationale setzt alle Menschen in Bezug auf ihre individuelle Leistungsfähigkeit einander gleich und findet dagegen den Lohn und den Erwerb ungleich, sie weiß also nichts von dem die organische Lebendigkeit erhaltenden und fortvermehrenden Grundgesetz des Kampfes ums Dasein, der im Kulturleben den Wettbewerb bedeutet. Bei aller Augenfälligkeit der geistigen und sittlichen Verschiedenheit der Individualität, der unendlichen Skala quantitativer und qualitativer Leistungsfähigkeit des einzelnen, fordert sie die Uniformität in allen Lebensbedingungen und beweist damit, daß sie nichts weiß von der großen, gemeinsamen und ewigen Kulturarbeit, die zu allen Zeiten geleistet worden ist und weiter geleistet wird von ungezählten Millionen stiller Arbeiter, denen es nicht um gezählte Stunden und um gebungenen Arbeitslohn zu tun ist, sondern denen die Arbeit ein natürliches Bedürfnis und die Früchte derselben eine Erlösung zu den lichter Höhen der Selbsterziehung und der Selbstvervollkommnung bedeuten.

Es liegt uns fern, das große Verdienst der Internationale herabzusetzen, sofern es sich um den Kampf ums Recht der Arbeiterklasse auf die der modernen Zeit entsprechenden Lebensbedingungen handelte und solange die materielle Lage derselben außerordentlich bedürftig war. Jeder Volkstfreund ist mit Aufmerksamkeit und Teilnahme diesem Kampf gefolgt. Wenn aber nach erreichter materieller Sicherstellung der Kampf fortgesetzt werden soll als Vernichtungskampf gegen alle anderen Klassen der menschlichen Gesellschaft und bei der ausgesprochenen materialistischen Tendenz als Zerstückelungswert an allen Kulturidealen, so kann die Folge nur sein eine Umkehrung der gesellschaftlichen Stufenleiter, und es droht zur Nacht zu gelangen statt einer Tyrannei von oben eine Tyrannei von unten. Eine hat bei all' ihren Schwächen den Kulturbesitz der Menschheit, so wie sie ihn verstanden, zu erhalten und zu vermehren gesucht, diese aber zeigt keine Bedenken, ihn zu zerstören und in den Boden zu stampfen.

Für den besonnenen Teil der Gesellschaft sollte es klar sein, daß ein Ausgleich sozialer Unterschiede anzustreben ist nicht im Sinne des materialistischen Lebensgenusses, nicht der Verpöbelung des Kulturbesitzes, desjenigen ideellen und realen Kapitals der menschlichen Gemeinschaft, das nicht nach dem materialistischen Grundgesetz verbräutet worden ist, sondern das die Erparnisse und die Früchte,

also den „Mehrwert“ der Arbeit vergangener Jahrtausende darstellt, als Erbteil auf die Gegenwart gekommen ist und an welchem das klingende Privatkapital nur ein Produktionsmittel bedeutet, sondern durch zielbewusste unermüdete Arbeit an der geistigen und sittlichen Hebung aller Schichten der Gesellschaft. Die Aufgabe des wahren Sozialismus muß hingestellt werden als ein Ausgleich der intellektuellen und moralischen Unterschiede, und zwar als Hebung der niederen Qualitäten zu der höheren, nicht aber umgekehrt. Erst in dem Maße, als diese Vorbedingung Erfolge zeitigt, kann der weitere Ausgleich in den äußeren Formen der Lebensbedingungen sich vollziehen.

Japanische Realpolitik.

Der „Ziff. List.“ berichtet in seiner Nummer vom 30. 1., daß „nach Soeben ihm zugegangenen Mitteilungen: die japanischen Truppen auf Befehl der Regierung des Mikado alle Plätze und Punkte, die sie in Sibirien bisher besetzt hielten, verlassen.“

Freilich ist nicht gesagt, bis wieweit die Truppen sich zurückziehen werden. Immerhin gibt diese Nachricht Veranlassung zu allerlei Mutmaßungen. Ohne triftige Gründe konnte eine solche Anordnung kaum erfolgen, denn daß Japan sich feinerzeit dazu entschloß, im Einvernehmen mit den offiziellen amerikanischen Vorschlägen in Sibirien zu intervenieren, ungeachtet der hieraus mit Notwendigkeit sich ergebenden Gefahr einer folgenreicheren Verstärkung der Gegenkräfte zwischen ihm, Japan, und Rußland, kann natürlich nicht durch das Interesse für die Tscheco-Slowaken oder durch das Verlangen erklärt werden, an der Wiederherstellung des russischen Imperiums, die sich in Omsk damals anknapfte, oder an der Wiederbelebung der russ. Westfront mitwirken zu wollen, um für die übrige Entente die Rastanien aus dem Feuer zu holen.

Welche Erwägungen die japanische Regierung in Wirklichkeit hatte, als sie obige Intervention dennoch mitmachte, wird natürlich einwillen ein Geheimnis der japanischen Diplomatie bleiben. Doch dürften in dieser Beziehung die Gedanken eines Mannes Beachtung verdienen, der als Kenner japanischer Verhältnisse gilt, nämlich des Geh. Admiralsitätsrats a. d. Paul Koch, und die wir daher *„aus dem Bericht von einem japanischen Beamten“* wiedergeben wollen, als Beleg für die Stichhaltigkeit unserer Voraussetzung, daß, wenn die Meldung der gen. Zeitung nicht eine irrige ist, nur äußerst gewichtige Gründe die Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien veranlaßt haben müssen.

Koch sagt: „Japan ist dringend darauf angewiesen (der Bericht ist in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres veröffentlicht worden. — Die Red.), sich nach Westen nicht nur in China und Korea, sondern auch weiterhin in den übrigen asiatischen, ihm angrenzenden, fast leeren Gebieten auszubreiten. Die vom 40. bis zum 30. Breitengrad lang und schmal sich erstreckenden japanischen Inseln bieten eine sehr verschiedene Siedlungsmöglichkeit; die durchschnittlich 129 Einwohner auf den Quadratkilometer sind in Wirklichkeit auf enge Flächen und in tiefen häftischen Ansiedelungen sehr dicht zusammengedrängt; die bäuerliche Bevölkerung war jedenfalls bisher tief verschuldet; die Industrie krank an der geringen Leistungsfähigkeit der in weit höherem Maße als in anderen gewerblichen Ländern mit Weibern durchsetzten Arbeiterschaft; die durchschnittlichen Flächenerträge der Landwirtschaft sind trotz des nahezu vollständigen Ueberwiegens bäuerlicher Betriebsweise nur bescheiden zu nennen. Daß ferner Japan aus Eisen und Kohle braucht, daß es mit seinem Baumwollbedarf ebenso wie Deutschland auf amerikanischen Hülsen anwies ist, daß es seine Märkte ausdehnen muß, das alles sollte niemand darüber im unklaren lassen, daß die Japaner an nichts so wenig denken, als der übrigen Entente bei der Verfolgung ihrer Ziele Handlangerdienste zu leisten. — Mit keinem Volk der Erde befindet sich Japan weniger im Gegensatz, als mit dem deutschen. Man braucht auch nicht davon zu geben, Tjingtau von vornherein einen politischen Fehler zu nennen, um zuzugeben, daß für die Gelben die Versuchung allzu nahe lag, die Gelegenheit wahrzunehmen und unseren so schön ausgebauten „Stützpunkt“ in die Tasche zu stecken. Zumal wir uns schlimme Kurzsichtigkeit in einer ganzen Reihe anderer japanischer Fragen zum Vorwurf machen müssen. Auf den Wirtschaftskrieg uns gegenüber aber haben sich die Japaner nur sehr ungerne eingelassen.

Es kann ihnen auch durchaus nichts daran gelegen sein, unsere wirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen in weitergehendem Maße zu schwächen, als ihnen dies für ihre Ausbreitungsbestrebungen im fernem Osten und in der Südsee nützlich ist. An ein militärisches Vorgehen über ihre nächsten Interessensphären in Ostindien hinaus — um womöglich der Entente zuliebe durch ganz Rußland zu marschieren — werden die Japaner daher ganz gewiß nicht denken, um so weniger, als ein solches Vorgehen schließlich gerade zu einer Beschleunigung der Genesung der russischen Zustände führen müßte. An nichts kann den Japanern aber weniger gelegen sein, da sie ihre Pläne vielmehr nur dann ungehindert verfolgen können, wenn der russische Zerkleinerungsvorgang noch Jahre hindurch fortbesteht. — Wie aber Japan sich zu der Frage der Südee stellt, zeigt die Meldung, daß der japanische Schiffbau die Zahl seiner Werften von 9 auf 29 vermehrt habe und daß er dadurch zu einer Vauleistung von durchschnittlich jährlich 700 000 Tonnen befähigt sei. Die japanischen Schiffverbindungen nach Südamerika haben die größten Fortschritte gemacht, zahlreiche regelmäßig verkehrende Schiffsabteilungen im Stillen Ozean sind in den Händen japanischer Meeresreeder, und schon greifen sie nach Australen und Südamerika hinüber, überall bestrebt, sich in die durch die Verfertigung englischen Schiffsraumes entlassenen Lücken einzudrängen. Ihre alten Schiffe veräußerten die japanischen Reeder an die Norweger, durch eine kluge Subventionspolitik hat die Regierung der Entwicklung der japanischen Schiffbauindustrie nachgeholfen. — Japans Kaufleute und Banken haben die Güntz der Verhältnisse wahrgenommen, während des Krieges die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten nach Möglichkeit auszubauen. Diese waren die ebenso willigen wie kurzschichtigen Lieferanten von Stahl und Eisen für die Schiffbau- und Waffenindustrie und öffneten ihre Häfen für die gewaltig gestiegene japanische Ausfuhr an Seide, Baumwollwaren, Kupfer, Porzellanwaren, Spielzeug und vielem anderen mehr, das an die Stelle der deutschen Zufuhr getreten ist. Ebenso war amerikanisches Kapital gern bereit, den japanischen Bedürfnissen aufzuhelfen, und die Eröffnung eines drahtlosen Verkehrs sorgte für die schnellste und sicherste Verbindung. Insofern ist es allerdings klar, daß die amerikanischen-japanischen Beziehungen einzuwirken in der Hintergründigkeit sind. Aber der Widerspruch Kaliforniens gegen die japanische Einwanderung besteht noch in ganzer Schärfe, und es ist durchaus unwahrscheinlich, daß die hochbezahlte und an ein sehr gutes Leben gewöhnte amerikanische Arbeiterschaft jemals bereit sein sollte, gegenüber japanischer Lohnbrückerlei Zugeständnisse zu machen.

Soweit Koch. — In der Nummer des „Ziff. List.“ vom 26. 1. findet sich ein Aufsatz von J.-u. überschrieben: „Japan und die Vereinigten Staaten von Nordamerika“, in welchem der Verfasser die feinerzeit in der deutschen sozialdemokratischen Wochenschrift „Neue Zeit“ veröffentlichte Studie G. Amos' „Die japanischen Pläne bezüglich Ost-Sibiriens“ beiprucht und auf Grund der in ihr dargelegten Erwägungen über die imperialistischen Gelüste Japans (Trachten nach Stellung als kontinentale Großmacht) zum Schluß kommt, daß „obgleich der Weltkrieg beendet sei und die Vereinigten Staaten von Nordamerika wieder freie Hand bekommen hätten, die Möglichkeit eines Konflikts auf dem Stillen Ozean nicht ausgeschlossen erscheint. Die Erfolge der amerikanischen Waffen in der letzten Phase des großen europäischen Krieges hätten die Japaner keineswegs gelendet. Dort sei man der Ansicht, daß in Japan genügend Kräfte vorhanden seien, um den Kampf mit dem großen Nebenbuhler aufzunehmen, und so sei es gar nicht unmöglich, daß ein neuer großer Konflikt, diesmal im Fernen Osten, entstehen werde“.

Krieg mit Amerika! Sollte hierin die Lösung des Rätsels betreffs Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien zu suchen sein? Oder bedeutet dieser Vorgang einen diplomatischen Sieg Großbritanniens über Japan, insofern letzteres gezwungen worden wäre, seine Absichten auf Sibirien zu Gunsten der Vereinigten Staaten aufzugeben? Die Entscheidung dieses Zweifels wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Aus dem deutschen Leben.

Zur Frage der Einkommensteuer.

Aus dem Bericht über die Tagung der letzten Delegiertenversammlung in Listz (№ 7 der „Kauf. Post“) ist zu ersehen, daß sich diese Versammlung mit der Frage einer Einkommensteuer, durch welche unsere kulturellen Bedürfnisse (Kirche, Schul- u. Bildungswesen, Armen- und Kran-

kenpflege) bestritten werden sollen, beschäftigt und vorbereitende Beschlüsse gefaßt hat.

Diese Beschlußfassung der Versammlung ist aufs wärmste zu begrüßen, und bleibt nur zu wünschen übrig, daß die von der Versammlung ins Auge gefaßte, wichtige Aufgabe ohne Zögerung von allen Ortsgruppen des Verbandes gelöst und eine möglichst gerechte Einkommensteuer eingeführt wird, bei welcher der arme Bürger kein, der weniger bemittelte eine kleine und der bemittelte eine größere Steuer zahlt; das heißt mit anderen Worten, daß der Bemittelte, außer seinem Teil, benutzten Teil der Steuern zahlen muß, den der Wenigerbemittelte und der Arme nicht zahlen können, wobei der Bemittelte diese Steuerlast nicht einmal besonders empfinden wird.

Auf die Einzelheiten dieses geplanten Steuerstems werde ich in diesem Artikel nicht eingehen, behalte es mir jedoch für eine der nächsten Nummern vor, möchte aber heute nur auf die Notwendigkeit, den Zweck und den Nutzen dieser Steuer für unsere kulturellen Bedürfnisse hinweisen.

Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß diese Steuer nur zur Bekämpfung oben angeführter Bedürfnisse dienen soll, währenddem alle übrigen, bisher erhobenen Steuern — wie Kronsteuer, Landsteuer, Gemeindeabgaben — auf der bisherigen Grundlage erhoben werden.

Es muß jedermann einleuchten, daß wir für unsere notwendigen Bedürfnisse auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit auf Mittel aus der Staatskassa nicht rechnen können, da die Staatsfinanzen durch den langen Krieg fast gerüttelt sind und der Neuaufbau des Staatswesens nach dem allgemeinen Zusammenbruch ungeheure Forderungen an die Staatskassa stellen wird, weshalb wir, wenn wir nicht verkommen und untergehen wollen, für uns selbst sorgen müssen, wodurch die dringende Notwendigkeit der Einführung einer Einkommensteuer zur Bekämpfung unserer kulturellen Bedürfnisse bewiesen ist.

Das Ziel, das jeder einzelne Bürger, wie auch die einzelnen Gemeinden, wie auch unser Verband auf dem kulturellen Gebiet anstreben, läßt sich ohne die notwendigen Mittel nicht erreichen.

Wenn wir in die Geschichte unserer Kolonien zurücksehen, können wir feststellen, daß unsere Väter vor Jahrzehnten unter den denkbar schwierigen Verhältnissen, bei geringem Wohlstand, Kirchen und Schulen für uns gebaut haben, so daß wir heute bei unserem wachsenden Wohlstand mit Beschämung bekennen müssen, daß wir für unsere Kinder und die kommenden Generationen wenig getan haben. Und wenn wir dies einsehen, ist es unsere Pflicht, das Veräumte nachzugeben. Es ist nicht allein unsere Pflicht, für Vermehrung unseres persönlichen Wohlstandes zu sorgen, sondern wir müssen mitthelfen, Gemeindegüter zu schaffen zum Nutzen aller unserer Mitbürger. Es genügt nicht, daß wir unsern Kindern nur ein Erbe hinterlassen, das leicht verloren gehen kann, wir müssen hauptsächlich bestrebt sein, dieselben zu sittlich starken, mit reichen Kenntnissen ausgerüsteten Menschen heranzubilden; nur dann stellen sie ihren Mann im Leben, ganz einerlei ob Bauer, ob Kaufmann, Ingenieur, Arzt etc.

Es wird wahrscheinlich auch diesmal wieder vorkommen, wie es gewöhnlich bei Neueinführungen der Fall war, daß ein Teil der Bürger, der die Notwendigkeit und den Nutzen der Einkommensteuer in ihrer vollen Tragweite nicht erfaßt, dagegen Opposition machen wird. Da ist es nun Pflicht und Aufgabe derjenigen Bürger, die von der dringenden Notwendigkeit und dem großen Nutzen überzeugt sind, aufklärend zu wirken und mitzugeben, daß dieses Projekt verwirklicht wird, da unsere und unserer Kinder Zukunft das fordert. Ich bin überzeugt, daß schon nach einem Jahr nach der Verwirklichung kein einziger Mensch sein wird, der nicht von dem Segen dieser höchst nützlichen Einführung überzeugt sein wird, und viele, die nur mit äußerster Anstrengung die Steuer aufbringen konnten, werden eine Sorge weniger haben.

Bei Einführung dieser Steuer würde z. B. das Schulgeld, welches, soweit mir bekannt, bisher meistens für alle Schulkinder in gleicher Höhe erhoben wurde, für Schulkinder von wenig bemittelten Bürgern ganz erlassen oder ermäßigt werden, so daß künftig kein Kind mehr, für welches das Schulgeld nicht aufgebracht werden konnte, ohne Schulbildung bliebe. Dasselbe Prinzip müßte allgemein auf dem kulturellen Gebiet Anwendung finden. Das würde mich freuen, wenn meine kurzen Zeilen Veranlassung geben würden, daß in den Spalten der „Kaufmännischen Post“ noch mehr Personen ihre Ansicht über diese Frage äußerten, denn je mehr darüber geschrieben und gesprochen wird, um so besser dringt der Gedanke durch.

— d.

Herausgeber: Das 3.-St. des transkauk. deutschen Verbandes. Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.

Eine tüchtige Person,

deutsch sprechend, für Küche und Haushalt wird gesucht. Vorzustellen bei Geschwister Leitz

Michailowskaja 53. 2-1